

Antrag

**der Abgeordneten Baier, Dr. Schulze-Vorberg,
Dr. Schmidt (Wuppertal), Biechele und der Fraktion
der CDU/CSU**

**betr. Formulare für die Erklärung zur Hauptfest-
stellung des Einheitswertes**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, mit den Landesregierungen zu verhandeln mit dem Ziel,

1. die Formulare für die Erklärung zur Hauptfeststellung des Einheitswertes auf den 1. Januar 1964 dahingehend zu überprüfen, ob die einzelnen Fragen tatsächlich gesetzlichen Erfordernissen entsprechen;
2. die Formulare unter Hinzuziehung von Baufachleuten dahingehend zu überprüfen, ob nicht weniger, aber aussagekräftigere Kriterien gefunden werden können;
3. dafür zu sorgen,
 - a) daß insbesondere für die Ein- und Zweifamilienhäuser Vordrucke für die Erklärung zur Hauptfeststellung des Einheitswertes bereitgestellt werden, die von allen Bundesbürgern ohne Hinzuziehung von Sachverständigen ausgefüllt werden können;
 - b) daß Eigentümer von Typenwohnungen für die breiten Schichten der Bevölkerung, wie Werkswohnungen, Genossenschaftswohnungen u. ä., überhaupt nicht mit Fragen des Sachwertverfahrens behelligt werden;
 - c) daß von gemeinnützigen Anstalten und Einrichtungen, die ohnehin von der Vermögensteuer und Grundsteuer befreit sind, nicht die Ausfüllung von Fragebogen zur Einheitsbewertung gefordert wird;

4. dafür zu sorgen, daß die Fragebogen in Form und Inhalt so gestaltet werden, daß sie ohne übermäßigen Verwaltungsaufwand und in zeitgerechter Form evtl. unter Hinzuziehung von Datenverarbeitungsanlagen ausgewertet werden können.

Bonn, den 24. November 1966

Baier
Dr. Schulze-Vorberg
Dr. Schmidt (Wuppertal)
Biechele
Dr. Barzel und Fraktion